

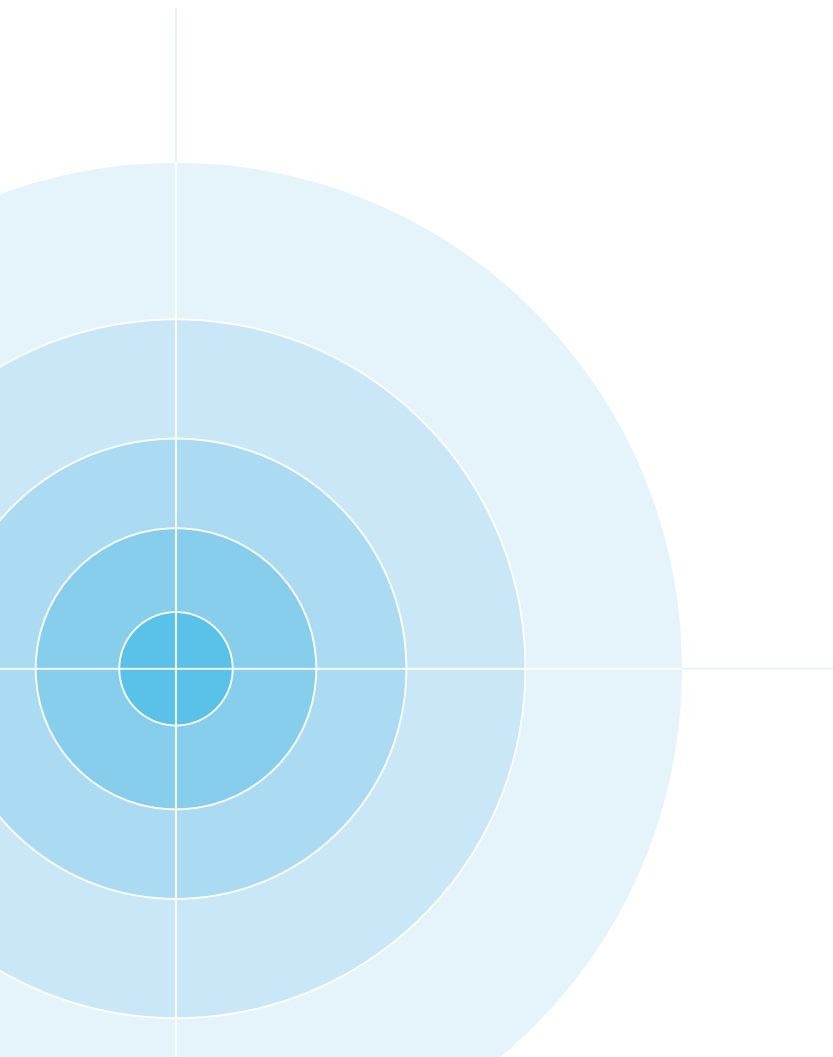
aktuelle analysen

66

Reinhard Meier-Walser

# DIE DISKUSSION UM EINE LEITKULTUR

Hintergrund, Positionen und aktueller Stand



Reinhard Meier-Walser

# DIE DISKUSSION UM EINE LEITKULTUR

Hintergrund, Positionen und aktueller Stand

## Impressum

ISBN	978-3-88795-526-7
Herausgeber	Copyright 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: <a href="mailto:info@hss.de">info@hss.de</a> , Online: <a href="http://www.hss.de">www.hss.de</a>
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Autor	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Hintergrund und Genese des Begriffes „Leitkultur“ .....</b>	<b>5</b>
<b>2. „Leitkultur“ – Standpunkte und Kontroversen .....</b>	<b>6</b>
Die Debatte um Friedrich Merz' Forderung nach Anerkennung der „freiheitlichen deutschen Leitkultur“ .....	6
Die Diskussion um Norbert Lammerts Frage, was „unsere Gesellschaft zusammenhält“: Verfassung, Patriotismus, Leitkultur .....	8
Unterschiedliche Interpretationen von „Leitkultur“ .....	13
Politische Ergebnisse der Debatte(n) .....	14
<b>3. Zum aktuellen Stand der Diskussion .....</b>	<b>16</b>
<b>Schlussbemerkung .....</b>	<b>21</b>
<b>Anmerkungen .....</b>	<b>22</b>



# Die Diskussion um eine Leitkultur

## Hintergrund, Positionen und aktueller Stand

Reinhard Meier-Walser

Im Lichte aktueller Entwicklungen sei eine „Leitkultur“, so das CDU-Bundesvorstandsmitglied Serap Güler und der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu, in einem gemeinsamen Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ anlässlich des 9. Integrationsgipfels der Bundesregierung Mitte November 2016, „richtiger denn je“.<sup>1</sup> Was aber ist unter dem Begriff „Leitkultur“ zu verstehen? Wofür oder wogegen richtet sie sich? Welche Inhalte (religiöse, politische, rechtliche etc.) dimensionieren eine „Leitkultur“? Wer definiert diese Inhalte? Diese und andere mit dem Thema „Leitkultur“ in Verbindung stehende Fragen sind umstritten, seit die Diskussion Ende der 1990er-Jahre entstanden ist. Es lohnt daher zunächst ein Rückblick auf deren Hintergründe und Genese. In einem zweiten Schritt werden die verschiedenen Definitionen und Standpunkte im Kontext des Verlaufes der Diskussion rekonstruiert. In einem dritten Schritt wird der aktuelle Stand mit Blick auf weitere Perspektiven reflektiert.

### 1. Hintergrund und Genese des Begriffes „Leitkultur“

Der Begriff „Leitkultur“ stammt ursprünglich von dem aus Damaskus stammenden und in Göttingen wirkenden Sozialwissenschaftler und Professor für Internationale Beziehungen Bassam Tibi. Er hatte ihn Mitte der 1990er-Jahre in einer „Situation unserer Gegenwart, wo die massenhafte Migration zu einem die Identität des Kontinents verändernden Prozess geworden ist“, eigenen Angaben zufolge deshalb eingeführt, um „eine Diskussion über Rahmenbedingungen von Migration und Integration auszulösen“.<sup>2</sup> Tibi, der eine nationale „deutsche“ Leitkultur stets vehement ablehnte, wollte „als in Deutschland lebender Einwanderer und Muslim“ mit seinem Konzept einer „europäischen Leitkultur (oder auch europäischen Identität) für Deutschland eine Grundlage zum friedlichen Miteinander, nicht Nebeneinander, zwischen Einwanderern und Deutschen schaffen“. Diese Grundlage, so Tibi, sei „kulturpluralistisch“, nicht „multikulturalistisch“.<sup>3</sup> Die von ihm selbst gestellte Frage, „ob Europa im Zeitalter der Migration für seine kulturell zunehmend vielfältige Bevölkerung eine Leitkultur braucht“, beantwortete Tibi im Jahr 1998 mit dem Argument, das „friedliche Zusammenleben von Menschen“ erfordere „die rationale Bewältigung der Unterschiede und das Vorhandensein eines Konsenses über einen Normen- und Wertekatalog. Nur wenn wir die Unterschiede erkennen und über sie sprechen dürfen, versetzen wir uns in die Lage, den nötigen Konsens zu erreichen. Mit

Hilfe dieses Konsenses wird das Zusammenleben in Frieden von Menschen, die unterschiedliche Selbst- und Weltbilder haben [...], ermöglicht. Innerer und sozialer Frieden innerhalb Europas erfordern ein Einverständnis über Gemeinsamkeiten. Dies nenne ich ‚Leitkultur‘, ohne die die bestehenden Spannungen, die bis zu Gewalttätigkeiten eskalierende Konflikte hervorrufen können, nicht bewältigt werden können.“<sup>4</sup> Seine Forderung nach einer Leitkultur für eine Kulturnation wie Deutschland präziserte Tibi an anderer Stelle mit den Worten, europäische Gesellschaften, die mit der Herausforderung der Zuwanderung konfrontiert seien, müssten den Identitätsbegriff neu bestimmen, „um die Einwanderer zu integrieren. Hier ist der Unterschied zwischen denjenigen Gesellschaften in Europa von Belang, deren gewachsene Identität auf den Citoyen / Citizen bezogen ist, also nicht exklusiv ist (d. h. den Einwanderern nicht nur einen Pass, sondern auch eine Identität bietet), und solchen, die der Ethnizität verhaftet sind. Diese anderen europäischen Gesellschaften, die sich ethnisch-exklusiv definieren – wie etwa Deutschland als ‚Kulturnation‘ – können den Einwanderern keine Identität geben; sie müssen einen kulturellen Wandel vollziehen, um die Fähigkeit zu einer Integration von Einwanderern zu erlangen. Integration erfordert, in der Lage zu sein, eine Identität zu geben. Zu jeder Identität gehört eine Leitkultur!“<sup>5</sup>

## 2. „Leitkultur“ – Standpunkte und Kontroversen

### Die Debatte um Friedrich Merz‘ Forderung nach Anerkennung der „freiheitlichen deutschen Leitkultur“

Im Juli 1998 griff der Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, Theo Sommer, Tibis Begriff der „Leitkultur“ auf, sprach in seinem Leitartikel „Der Kopf zählt, nicht das Tuch“ aber erstmals von einer „deutschen Leitkultur“: „Integration bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte.“<sup>6</sup> Bemerkenswerterweise erregten damals jedoch weder „Tibis ‚europäische‘ noch Sommers ‚deutsche‘ Konnotation des Leitkultur-Gedankens [...] die Gemüter“.<sup>7</sup>

Eine breite, zum Teil sehr emotional geführte öffentliche Diskussion entbrannte erst gegen Ende des Jahres 2000, nachdem der damalige Vorsitzende der CDU / CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, in der damaligen Debatte um ein von der rot-grünen Bundesregierung geplantes Zuwanderungsgesetz „Regeln für Einwanderung und Integration“ gefordert und diese Regeln als „freiheitliche deutsche Leitkultur“ bezeichnet hatte. Zu dieser „freiheitlichen Kultur unseres Landes“ gehöre, so Merz, „ganz wesentlich die Verfassungstradition unseres Grundgesetzes. Sie ist geprägt von der unbedingten Achtung vor der Würde des Menschen, von seinen unveräußerlichen persönlichen Rechten, von den Freiheits- und Abwehrrechten gegen den Staat, aber auch von Bürgerpflich-

ten. Das Grundgesetz ist damit wichtigster Ausdruck unserer Werteordnung und so Teil der deutschen kulturellen Identität, die den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft erst ermöglicht hat.“ Zur „Identität unserer Freiheitsordnung“, so Merz weiter, gehöre die mühsam „erkämpfte Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Sie muss auch von denen akzeptiert werden, die ganz überwiegend aus religiösen Gründen ein ganz anderes Verständnis mitbringen. Wir können und dürfen auch im Hinblick auf den Religionsunterricht und vieles andere die Entstehung von Parallelgesellschaften nicht dulden. Das kulturelle Miteinander und die gegenseitige Bereicherung stoßen an ihre Grenzen, wo der Minimalkonsens zur Freiheit, der Menschenwürde und der Gleichberechtigung nicht mehr eingehalten wird. Für das Zusammenleben mit Ausländern ergeben sich daraus Konsequenzen. Menschen unterschiedlicher Herkunft können in einem freiheitlichen Land nur auf der Grundlage allgemein akzeptierter Werte ihre Zukunft gemeinsam gestalten. Eine erfolgreiche Einwanderungs- und Integrationspolitik muss darüber hinaus darauf bestehen, dass die deutsche Sprache verstanden und gesprochen wird. Dies ist nicht nationaler Sprachchauvinismus, sondern Grundvoraussetzung eines friedlichen Miteinanders in unserem Land, es ist die kulturelle Basis auch dann, wenn das Grundgesetz dazu schweigt.“<sup>8</sup>

Mit seiner Forderung, dass sich Zuwanderer, die auf Dauer in Deutschland leben wollen, einer „gewachsenen freiheitlichen deutschen Leitkultur anpassen“ müssten, erntete Merz vor allem bei Bündnis 90 / Die Grünen heftige Kritik, die „auch nicht abflaute, als sehr schnell seitens der Union der Bogen von Merz‘ Vorstellungen zu jenen von Tibi geschlagen und die deutsche mit der europäischen Leitkultur-Dimension unmissverständlich verbunden wurde.“<sup>9</sup> Außenminister Fischer fragte spöttisch nach der „leitkulturellen Identität von Entenhausen“, die Grünen-Parteivorsitzende Renate Künast lehnte den Begriff einer „deutschen“ Kultur generell ab, Umweltminister Jürgen Trittin wollte in der „Leitkultur“ gar „völkisches Vokabular“ erkennen und die Ausländerbeauftragte Marieluise Beck qualifizierte den Begriff als „banale Worthülse“ ab.<sup>10</sup>

Aber nicht nur bei den Befürwortern einer „multikulturellen Gesellschaft“ stieß Merz auf Ablehnung. Auch innerhalb der Union selbst war der Begriff „Leitkultur“ nicht unumstritten.

So räumte etwa der baden-württembergische CDU-Fraktionschef Günther Oettinger ein, er würde den Begriff „Leitkultur“ nicht plakätieren, und der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler empfahl stattdessen die Verwendung des von Dolf Sternberger geprägten Terminus „Verfassungspatriotismus“.<sup>11</sup> In der CDU schienen damals „viele verschreckt darüber zu sein, dass Merz der Partei über Nacht eine Debatte beschert“ hatte, die „zuvor niemand zu erhoffen, geschweige denn zu führen gewagt“<sup>12</sup> hatte. Generell passte die Leitkultur „vermeintlich schlecht zu einem gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs, der unter Vorsitz von Angela Merkel im Jahr 2000 eingeschlagen wurde.“<sup>13</sup>

In der CSU hingegen wurde der Begriff der Leitkultur uneingeschränkt begrüßt: Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber betonte bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder, dass die christlich-abendländische Kultur die „Leitkultur“ sei.<sup>14</sup> Der bayerische Innenminister Günther Beckstein pflichtete bei und forderte eine „Respektierung unserer politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen“. Die „deutsche Leitkultur muss bei unseren ausländischen Mitbürgern entsprechende Akzeptanz finden“.<sup>15</sup>

Der Begriff „deutsche Leitkultur“, so eine Bilanz der ersten Debatte (2000-2001) aus sprachwissenschaftlicher Sicht, war in der öffentlichen Auseinandersetzung vor allem deshalb umstritten, „weil er einerseits als euphemistisch und damit die Absichten der Union in der Integrationspolitik verschleiern galt und weil er andererseits zum Teil Assoziationen an die nationalsozialistische Ideologie und deren sozialdarwinistischen Überlegenheitsvorstellungen weckte“.<sup>16</sup>

Als dann die „Zeit“ im Mai 2001 befand, die „Idee, die ‚deutsche Leitkultur‘ zum Maßstab für Integration zu erklären, musste scheitern, denn in einer pluralistischen Gesellschaft gibt es keine einheitliche Nationalkultur mehr“<sup>17</sup>, flaute die öffentliche Debatte bereits merklich ab, bevor sie „im politisch-medialen Orkus verschwand – vermeintlich ohne jede Chance auf ein Comeback“.<sup>18</sup>

### **Die Diskussion um Norbert Lammerts Frage, was „unsere Gesellschaft zusammenhält“: Verfassung, Patriotismus, Leitkultur**

Wider Erwarten tauchte der Begriff „Leitkultur“ wenige Jahre später im öffentlichen Diskurs wieder auf und mutierte nun zu einem vieldimensionalen Sujet, das in der folgenden gesellschaftlich-politischen Debatte wesentlich breiter, tiefer und sachlicher diskutiert wurde als im Jahre 2000. Es war Norbert Lammert, der nach seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages im Oktober 2005 die Leitkultur erneut ins Gespräch brachte, „nicht um alte politische Schlachten neu zu schlagen, vielmehr, um mittels dieses kontroversen Begriffes zu den wesentlichen gesellschaftlich-kulturellen Fragen vorzudringen, die sich mit diesem Begriff verbinden, bislang jedoch nicht ernsthaft debattiert worden waren“.<sup>19</sup> Lammert lud in einem von ihm herausgegebenen Sammelband<sup>20</sup> namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vornehmlich aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Kirchen, ein, in eine „ernsthafte Debatte“ über „die kulturellen Grundlagen und Orientierungen unserer Gesellschaft“ einzutreten, zumal eine derartige seriöse Diskussion „vor einigen Jahren über reflexartige Kurzkommentare hinaus leider nicht zustande gekommen“ sei. Konkret bat er um Beantwortung folgender vier zentraler Fragen:

„1. Steht der Begriff ‚Leitkultur‘ einer ernsthaften, unvoreingenommenen und breiten öffentlichen Auseinandersetzung in einer Weise im Wege, die sie notwendigerweise behindert, verzerrt oder verkürzt?“

2. Worum geht es im Kern bei der Frage nach den Grundlagen unserer Gesellschaft? Was ist daran deutsch?
3. Muss die Debatte ein konkretes Ergebnis haben? Wie könnte es aussehen?
4. Welche Erwartungen und / oder Verpflichtungen ergeben sich aus der Debatte für staatliches Handeln?<sup>21</sup>

Von den insgesamt 42 prominenten Autorinnen und Autoren der Edition sollen im Folgenden die Gedanken und Argumente einiger ausgewählter politischer Stimmen reflektiert werden:

Lammert selbst räumt einleitend ein, der Begriff „Leitkultur“ sei „missverständlich, erklärungsbedürftig, für viele provozierend und erschwert insofern die Diskussion, die er doch befördern möchte“. Die „begründeten Zweifel an dem Begriff“ dürften jedoch „nicht verdrängen, dass jede Gesellschaft einen Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen braucht, ohne die auch ihre Regeln und ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand haben. Kein politisches System kann ohne kulturelles Fundament gemeinsam getragener Überzeugungen seine innere Legitimation aufrechterhalten.“ Die „anspruchsvolle und anstrengende Debatte über die Leitkultur in unserer Gesellschaft“ sei daher „nicht mehr und nicht weniger als die notwendige Selbstverständigung über ihre Grundlagen und gemeinsamen Orientierungen. Dabei spielen Geschichte, historische Erfahrungen, Sprache, Traditionen, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen eine unverzichtbare Rolle.“<sup>22</sup>

Bundeskanzlerin Merkel greift Lammerts Frage nach den gesellschaftlichen Bindekräften auf und betont, „gemeinsame Sprache, gelebte Werteordnung, Bewusstsein für deren historische und kulturelle Wurzeln und darauf aufbauend ein weltoffener Patriotismus“ – dies sei „in der Tat ein anspruchsvolles Konzept für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens“. Mit Bezug auf Bassam Tibis Konzept einer „europäischen Leitkultur“ unterstreicht sie ihre Auffassung, dass deutsche und europäische Leitkultur „nicht in einem Widerspruch stehen“, sondern „vielmehr in Ergänzung zueinander gesehen werden“ sollten. Wenn die Leitkulturdebatte im „umfassenden Sinne als eine Debatte um nationale und europäische Identität, Wertegebundenheit und Zusammenhalt, Weltoffenheit und Erneuerung verstanden“ werde, dann, so Merkel, „wird sie auch Früchte tragen. Dafür werbe ich.“<sup>23</sup>

Alois Glück, der Präsident des Bayerischen Landtages, der in der Diskussion um die „Leitkultur“ ein „wichtiges und fruchtbares Thema“ sieht, erinnert an die Definition von „Leitkultur“, auf die die CSU-Landtagsfraktion sich bereits im Januar 2001 (damals unter seinem Vorsitz) geeinigt hatte: „Unsere Gesellschaft ist geprägt vom christlich-abendländischen Kulturerbe. Daraus abgeleitete Wertvorstellungen sind die Grundlage unseres

Zusammenlebens. Unsere Leitkultur beruht auf der freiheitlichen Demokratie, rechtsstaatlichem Denken, dem Geist der Toleranz und dem Schutz der Menschen und der Menschenrechte. Sie ist die einzige Grundlage, auf der ein Dialog der Kulturen und ein gesellschaftspolitisches Gespräch mit unseren muslimischen Mitbürgern geführt werden kann.“ Das Zusammenleben in unserem Land mit Menschen aus anderen Kulturkreisen und anderen Wertvorstellungen erfordere, so Glück, als „Mindestnorm“ die Beachtung der gesetzlichen Regeln, jedoch „nicht nur in ihrer formalen Beachtung, sondern auch im Hinblick auf die innere und aktive Bejahung der zugrunde liegenden Wertvorstellungen etwa im Hinblick auf die Menschenwürde“. Ferner sei die Unterscheidung zwischen „Integration“ und „Assimilation“ wichtig. „Wir dürfen keinen Anspruch auf kulturelle Assimilation stellen, dies ist nicht notwendig für ein gutes Zusammenleben.“<sup>24</sup>

Der Vorsitzende der CDU / CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, sieht den Begriff der „Leitkultur“ nur unter der Voraussetzung als problematisch, dass er als „hermetisch geschlossener und hierarchisch restlos ausgedeuteter und vermittelter Kulturbegriff“ verstanden wird – „wenn damit also die Anmaßung verbunden wäre, jeder Einwohner – ob Ausländer oder Inländer – sei auf einen Kanon deutscher Leitkultur zu verpflichten, der abschließend staatlich definiert ist“. Hingegen sei das, „was wir als ‚eigene‘ Kultur ansehen, immer schon durch den Einfluss ‚anderer‘ Kultur mitgestaltet worden“. Auch müsse grundsätzlich anerkannt werden, dass der „moderne pluralistische und weltanschaulich neutrale Staat grundsätzlich offen gegenüber anderen Kulturen“ sei und „den in Deutschland lebenden Angehörigen dieser Kulturen das Recht auf freies weltanschauliches Bekenntnis“ eröffne. Dies heiße, so Kauder, aber nicht, „zu leugnen, dass es dominante Traditionsquellen gibt, aus denen sich unser Gemeinwesen auch heute noch speist. An diese Traditionsquellen knüpft ein richtig verstandener Begriff der Leitkultur an, ohne andere Einflüsse zu übersehen. Kernbestand einer Leitkultur ist in den westlich-europäischen Staaten ein gesellschaftlicher Grundkonsens, der Normen und Verfahrensregeln umfasst, die für den freiheitlichen Meinungsaustausch schlechthin konstitutiv und im deutschen Fall sogar der Verfügbarkeit des Verfassungsgebers entzogen sind, vor allem also die Grund- und Menschenrechte sowie die freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung.“<sup>25</sup>

Für Christoph Böhr, den Vorsitzenden der Wertekommission der CDU, bedeutet „Leitkultur“ nicht, „anderen Vorschriften zu machen“, sondern der Begriff „meint, dass wir die Leitideen unserer Gesellschaft zu erkennen und – eben das macht aus unverbindlichen Meinungen eine unverwechselbare Kultur – zu verteidigen bereit sind“: gegen fanatische Glaubensführer, extremistische Gruppen oder gegen die „vielen tausend Väter, die ihre Töchter in Deutschland beschneiden lassen und zwangsweise verheiraten – oder deren Brüder, die Ehrenmorde befehlen, weil sich ihre Schwester westlich kleidet.“ Uns fehlt, so Böhr mahnend, keine Leitkultur, sondern „uns fehlt der Mut anzuerkennen, dass wir eine Leitkultur haben“, die uns abgrenze zu Staaten, in denen etwa der Schutz der

Menschenrechte einen anderen Stellenwert besäße. „Unsere Leitkultur“, so Böhrs Resümee, „ist am Ende keine Ausgrenzung, sondern eine Einladung: teilzuhaben an den aus unserer Geschichte erwachsenen, maßgebenden Grundsätzen der Menschlichkeit, des Lebens, Denkens, Fühlens und Handelns. Gefordert ist unser Bekenntnis zu diesen Grundsätzen. Ebendies Bekenntnis – nicht mehr und nicht weniger – ist unsere Leitkultur.“<sup>26</sup>

Armin Laschet, damals nordrhein-westfälischer Familien- und Integrationsminister, konstatiert die Notwendigkeit einer „gemeinsamen Leitkultur“. Es führe „kein Weg vorbei an einer Leitkultur, in der wir uns auf Grundwerte verständigen, die über das Grundgesetz hinaus Identität schaffen.“ Das bedeute nicht, dass man über Grundrechte „mit Islamisten verhandeln“ würde, zumal das Grundgesetz „nicht verhandelbar“ sei. Eine Leitkultur müsse jedoch „bei allen auf Akzeptanz stoßen“ und deshalb sei es wichtig, dass sie gemeinsam erarbeitet wird und die Mehrheitsgesellschaft den Zuwanderern keine ‚deutsche Leitkultur‘ abverlangt.“ Voraussetzung und gleichzeitig wichtigster Schritt bei der Schaffung einer „gemeinsamen Leitkultur“ sei es, dass Deutsche und Zuwanderer „lernen, den anderen in seiner Existenz und in seinen Überzeugungen anzuerkennen und zu achten – ohne dass das eigene Selbstwertgefühl und die Richtigkeit eigener Überzeugungen infrage gestellt werden. Denn Respekt und Akzeptanz des Fremden setzen die Wertschätzung des eigenen Ichs voraus.“<sup>27</sup>

Gegen die Forderung einer „deutschen Leitkultur“ spricht sich auch die SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende migrationspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, Lale Akgün, aus. Richtig sei zwar, „dass wir in der Tat etwas brauchen, das unsere Gesellschaft dauerhaft zusammenhält“, etwas, „das als Kitt zwischen den sozialen Milieus fungieren kann, etwas, das den gesamtgesellschaftlichen Desintegrationsprozess stoppen kann.“ Die „deutsche Leitkultur“ sei jedoch „als Medizin für die postmoderne Gesellschaft“ ungeeignet. „Die Erkenntnisse der Soziologie lehren uns, dass diese Leitkultur keine Wirksamkeit entfalten kann. Aber auch die Tatsache, dass in westdeutschen Großstädten schon heute bis zu 40 Prozent der Schulkinder einen Migrationshintergrund haben, macht die Vorstellung einer nationalen Leitkultur obsolet.“<sup>28</sup>

Die massive Ablehnung des Begriffes „Leitkultur“ durch Vertreter der Grünen, die bereits während der ersten Debatte 2000/2001 deutlich geworden war, spiegelt sich auch in den Beiträgen in Lammerts Sammelband wider.

In scharfem Ton wirft etwa die Grünen-Parteivorsitzende Claudia Roth, für die der Begriff „Leitkultur“ soziale Spannung befördere anstelle von Integration, Vertretern der Unionsparteien vor, ihre Stellungnahmen zur Leitkultur bewegten sich „zwischen deutschmelnden und einer wie auch immer liberalen Version“. Bemerkenswerterweise listet sie unter „Alternativen zur Leitkultur“ jedoch Aspekte, die auch von Unionsvertretern als Elemente einer Leitkultur in Deutschland genannt werden: Das Grundgesetz und die

universellen Menschenrechte bieten einen ersten verbindlichen Rahmen für das Zusammenleben in unserem Land. Die Grund- und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Sie sind das Fundament für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch kulturelle und religiöse Motive und Ansprüche können keine Ausnahmen begründen – das Grundgesetz und die Menschenrechte gelten für alle gleichermaßen.“ Ihren „schärfsten Dissenspunkt mit vielen Leitkulturalisten“ sieht Roth in einer „Zwangskultur“ jenseits der Verfassung: „Wer meint, Glaube oder ethnische Herkunft als Basis des Zusammenlebens setzen zu können, der plädiert für ein verhängnisvoll überzogenes Modell von Verbindlichkeit. Er setzt besondere Traditionen und Haltungen, die in pluralen Gesellschaften nicht von allen geteilt werden, als allgemein verbindlich. Der Anspruch hierauf ist das Gewaltsame an der Leitkultur.“<sup>29</sup>

Die Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, Renate Künast, teilt zwar – im Sinne von Norbert Lammert – „das Bedürfnis nach einem Grundbestand an Regeln und geteilten Überzeugungen, der die Gesellschaft zusammenhält“ und die Integration von Zuwanderern ermöglicht, hält aber den Begriff der „Leitkultur“ in diesem Zusammenhang für „denkbar ungeeignet“. Es gehe, so Künast, bei der Leitkulturdebatte im Grunde genommen gar „nicht um die Migranten und deren Integration“. Vielmehr gehe es „um eine Verunsicherung über unsere eigene Identität“. Der deutschen Mehrheitsgesellschaft sei „der Boden abhanden gekommen, auf dem sie lange Zeit sicher zu stehen meinte“, weshalb die Berufung auf eine Leitkultur „wie eine Beschwörung“ wirke: „als ob man den vermissten Wertekonsens oder gar eine nationale Identität herstellen könnte, indem man sie oft genug behauptet.“ Statt den Begriff der Leitkultur im „Sinne einer Tatsachenbehauptung“ zu verwenden, müsse mit „Migrantinnen und Migranten eine öffentliche und streitbare Debatte“ darüber geführt werden, „welche Grundwerte für uns unverzichtbar sind und welche Konsequenzen sich daraus für das alltägliche Zusammenleben in Schule, Arbeitswelt und Freizeit ergeben.“ Die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Integration laute „soziale Gerechtigkeit und Grundwerte“, nicht „Leitkultur“.<sup>30</sup>

Eine gewisse Sonderstellung im Lager der Grünen nimmt der damalige Europaabgeordnete Cem Özdemir ein, den zwar der „kontraproduktive Begriff“ einer Leitkultur „irritiert“, der aber gleichzeitig argumentiert, der Begriff könne „sogar ins Positive gewendet werden, wenn wir uns tatsächlich auf ein Prinzip einigen können, dem wir die Funktion einer ‚leitenden Kultur‘ (im Sinne eines Prinzips sozialer Bindekraft) zusprechen können.“ Für Özdemir „kann es sich bei diesem Prinzip nur um eines handeln: Republikanismus in einer multikulturellen Gesellschaft, in der das Individuum eben nicht in erster Linie über seine Herkunft und Hautfarbe definiert, sondern zuallererst als (potenzieller) Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten wahrgenommen wird.“ Nicht derjenige, der sich nicht an eine Leitkultur anpassen oder unterordnen wolle, so Özdemir, disqualifiziere sich, „sondern wer sich nicht mit unserer Verfassung identifizieren will“.<sup>31</sup>

## Unterschiedliche Interpretationen von „Leitkultur“

Die Debatten zeigten, dass diejenigen, die den Begriff „Leitkultur“ verwenden – und zwar sowohl Befürworter als auch Kritiker – zum Teil sehr unterschiedliche Inhalte damit verbinden. Auf die Divergenz zwischen der „deutschen“ und „europäischen“ Konnotation des Konzeptes wurde bereits verwiesen.

Friedrich Merz hatte seine Forderung, Zuwanderer müssten sich der deutschen Leitkultur anpassen, in einem sehr weitgehenden Sinne verstanden. „Die Kultur der Aufnahmegesellschaft sei nicht nur de facto die vorherrschende Kultur, sondern solle auch von jedermann als vorherrschende Kultur, eben als Leitkultur, anerkannt werden.“<sup>32</sup> Norbert Lammert, der nicht von einer „deutschen Leitkultur“ sprach, da „das, was für die deutsche Kultur prägend sei, weit über nationale Grenzen hinausgehe“, ging es um die „geistige Verfassung der Nation“. Er beschränkt sich in der Thematisierung der „Leitkultur“ im Wesentlichen auf die Frage nach den „gemeinsam getragenen Überzeugungen und Orientierungen“.<sup>33</sup>

Für den Journalisten und Publizisten Heribert Prantl hatte „Leitkultur“ weder mit „Abendland, Heimatabend und Sauerkraut“ noch mit „Gebräuchen und Gipfelkreuzen“ oder mit „nationalen Überlegenheitsgefühlen und Deutschtümeleien“ zu tun. „Leitkultur ist etwas ganz anderes, Leitkultur ist die Kultur des Zusammenlebens: Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte.“<sup>34</sup>

Für den Politikwissenschaftler Berthold Löffler war in der Leitkulturdiskussion der Aspekt von Kultur entscheidend, „der das gemeinschaftlich geteilte ‚Wissen‘ einer Gesellschaft meint“ wie etwa gemeinsame Sprache, Werte, Symbole etc. „Unter den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft ist Leitkultur sinnvollerweise die gesellschaftliche Kultur der Aufnahme- und Mehrheitsgesellschaft. Unter den Bedingungen einer Leitkultur besteht dann das Integrationsziel für Einwanderer darin, ‚einer von uns‘ zu werden.“<sup>35</sup>

Diese integrative Dimension von Leitkultur war für Kritiker des Begriffes zentraler Stein ihres Anstoßes. Der Grünen-Politiker Omid Nouripour geißelte in diesem Zusammenhang, dass der Begriff der Leitkultur „Kulturen hierarchisiert. Da heißt es, es gibt eine Leitkultur, es gibt einen Hauptstamm, der ist ganz oben, das sind wir Deutsche und alles andere ist minderwertig.“<sup>36</sup>

Auch Joschka Fischers Kritik knüpfte an diesem Aspekt an: „Eine Kultur soll ‚leiten‘, und demnach muss es, wenn die deutsche Sprache hier einen Sinn geben soll, andere, nachrangigere, abzugrenzende Möglichkeiten geben. Das heißt, der Begriff von Leitkultur beinhaltet per definitionem eine hierarchische Wertigkeit, nämlich der Vorrangigkeit und Nachrangigkeit.“ Für Fischer reflektierte der Begriff der Leitkultur daneben eher „Unsi-

cherheit und Ängstlichkeit“. „Er hat etwas von Angstbeißerei an sich, was ja immer ein Ausdruck von innerer Schwäche ist.“ In Deutschland bedürfe es „keiner Leitkultur“, zumal Deutschland „durch sein Grundgesetz, durch seine Sprache, seine Kultur, seine Geschichte und seine Verantwortung für diese definiert“ würde.<sup>37</sup>

In Richtung „Hierarchisierung“ ging auch die Kritik des Philosophen und früheren SPD-Kulturstaatsministers Julian Nida-Rümelin, der davon ausging, „dass das von den Konservativen angebotene Konzept der Leitkultur tatsächlich Assimilation meint. Das heißt nicht Anerkennung, heißt nicht Respekt, d. h., wir lösen die Frage der Integration durch Angleichung.“<sup>38</sup>

Norbert Lammert hatte demgegenüber festgehalten: „Ein Dominanzanspruch zwischen Kulturen verbietet sich von selbst, sowohl aus historischer Einsicht wie aus Respekt vor dem Reichtum, den fremde Kulturen darstellen. Für die innere Konsistenz einer konkreten Gesellschaft ist die Durchsetzung eines solchen Anspruches dagegen unverzichtbar. Insoweit ist jede Kultur, die sich selbst ernst nimmt, eine Leitkultur.“<sup>39</sup>

Der CDU-Politiker und Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, der bereits in der ersten Debatte Position bezogen und sich zur Leitkultur bekannt hatte, sekundierte: „Wir reden von Leitkultur im Sinne von leiten und nicht von Dominanzkultur.“ Zur Leitkultur gehörten neben der Rechtskultur die geschichtlichen und kulturellen Grundlagen. Jeder, der in Deutschland lebe, müsse wissen, „dass er in Deutschland lebt mit der deutschen Geschichte, mit den Verpflichtungen, die sich aus dieser Geschichte ergeben, mit den tiefen und den schrecklichen Untaten. Das ist alles ein Bestandteil unserer Geschichte. Wir bekennen uns dazu und sagen, dass das Werte sind und dass das Ergebnisse unserer Geschichte sind, die zu uns als Nation gehören. Dann heißt es, dieses umfassende Verständnis macht unsere Leitkultur in Deutschland aus. Wer sagt, er ist dagegen, der ist dagegen, dass wir unsere Geschichte respektieren und achten.“<sup>40</sup>

### Politische Ergebnisse der Debatte(n)

Im März 2007 erklärte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, die Grundsatzprogrammkommission der CDU habe beschlossen, den Begriff „Leitkultur“ in das neue Grundsatzprogramm aufzunehmen. „Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu dem, was uns als demokratisches und freies Gemeinwesen leitet“, wobei an erster Stelle „unserer Leitkultur“ die „Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes“ stehe. Es beruhe auf der Basis des christlichen Menschenbildes und umfasse daher die „Unantastbarkeit der Würde des von Gott geschaffenen Menschen“, das „Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit und die Gleichheit der Rechte, die sich aus der Gleichwertigkeit der Menschen“ ableite.<sup>41</sup>

Das schließlich Anfang Dezember 2007 auf dem 21. Parteitag beschlossene Grundsatzprogramm der CDU bezeichnete die „gesellschaftliche Integration von Zuwanderern auf der Basis der Leitkultur in Deutschland“ als einen „wichtigen Beitrag zur kulturellen Sicherheit“. Der Terminus „Leitkultur in Deutschland“ wird nicht im Detail erläutert, jedoch heißt es in Abschnitt IV.3 („Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit“): „Deutschland ist eine europäische Kulturnation, geprägt vor allem durch die christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung. [...] Kulturelle Vielfalt gehört zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft, trägt zur Lebensqualität in Deutschland bei und fördert die Bereitschaft, Neues zu wagen. Unser kulturelles Leitbild ist ein weltoffenes Deutschland, das auf der Grundlage seiner Traditionen aufgeschlossen ist für die Begegnung mit anderen Kulturen. Die kulturelle Vielfalt und Attraktivität Deutschlands beruht bis heute auch auf dem Austausch mit anderen Völkern und Kulturen.“<sup>42</sup>

Die CSU nahm den Begriff „Leitkultur“ ebenfalls in ihr neues Grundsatzprogramm auf, das am Parteitag Ende September 2007 beschlossen wurde, setzte die Akzente allerdings etwas anders und spricht explizit von „deutscher Leitkultur“: „Die CSU bekennt sich zur deutschen Kulturnation. Ihre Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte bilden die deutsche Leitkultur.“ Zur Werteordnung heißt es konkretisierend: „Wir vertreten überall mit Nachdruck die für uns verbindlichen Werte, wie die Einhaltung der Menschenrechte, das Bekenntnis zum Rechtsstaat, das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“ Gleichzeitig wurde auch unterstrichen, dass „das Verständnis unserer eigenen kulturellen Identität [...] für den Dialog mit anderen Kulturen eine Grundvoraussetzung“ sei. „Wir werden die Identität unseres Landes nur erhalten können, wenn wir unsere über Jahrhunderte gewachsene Kultur wertschätzen und pflegen. Nur mit innerer Stärke und Selbstvertrauen können wir anderen Kulturen im eigenen Land und in der Welt selbstbewusst begegnen.“<sup>43</sup>

Die CSU wich von der Betonung einer „deutschen Leitkultur“ auch in den folgenden Jahren nicht ab, wie etwa ein Beitrag von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt vom Oktober 2010 belegt: Die „deutsche Leitkultur“ ist „das Christentum mit seinen jüdischen Wurzeln, geprägt von Antike, Humanismus und Aufklärung. Wer zu uns kommt, muss unsere Leitkultur respektieren.“ Dobrindt konstatierte „eine Million Integrationsverweigerer in Deutschland“ und forderte deshalb, es dürfe „in Deutschland künftig keine Zuwanderung aus Kulturkreisen geben, die unsere deutsche Leitkultur ablehnen“.<sup>44</sup>

### 3. Zum aktuellen Stand der Diskussion

Im Zuge der sich im Jahre 2015 dramatisch zuspitzenden europäischen Flüchtlingskrise wurde die Leitkulturdebatte erneut aufgegriffen. Paradoxe Weise forderte nun auch ein bekennender Linker wie Jakob Augstein: „Wir brauchen eine Leitkultur“. Angesichts der Herkules-Aufgabe, „Millionen von Migrant\*innen in eine Industriegesellschaft zu integrieren“, werde auch die Frage immer wichtiger, „was ist eigentlich deutsch?“ Augstein schlussfolgert: „Das schlimme L-Wort. Einst wurde darüber heftig gestritten. Nun stellt sich heraus: Wenn es eine solche Leitkultur nicht gibt, dann ist es höchste Zeit, sie zu erfinden.“<sup>45</sup> Bassam Tibi meinte dazu: „Das ist zugleich richtig und auch pure Impertinenz. Er profiliert sich als ‚Linker‘, der 2015 das wiederholt, was der ‚rechte‘ Merz 2000 getan hat.“<sup>46</sup> Tibi nutzte die Kritik an Augstein, um die gewachsene Signifikanz seines Konzepts einer „kulturübergreifenden Leitkultur“ angesichts des Anstieges der europäischen Flüchtlingswelle zu unterstreichen. „Wenn man unter Bürger im Sinne der Französischen Revolution Citoyen und nicht im obrigkeitstaatlichen deutschen Sinne ‚Staatsbürger‘ versteht, dann sind die islamischen Flüchtlinge, die weder Deutsch sprechen noch deutsche Staatsbürger sind, noch lange keine ‚neuen Bürger‘. Auch wenn sie großzügig deutsche Pässe bekämen, würden sie hierdurch nicht zu Bürgern, weil sie sämtliche Voraussetzungen des Citoyen nicht erfüllen. Sie können diese Mitgliedschaft in einer Zivilgesellschaft erst dann erbringen, wenn sie sich die Bestimmung des Citoyen zu eigen machen, d. h., wenn sie auch die Werte der kulturellen Moderne annehmen sowie zwischen Religion und Politik, also auch zwischen Individuum und Kollektiv, trennen.“ Aus dieser Perspektive versteht sich Tibis Forderung nach einer „Leitkultur in Aufnahmegesellschaften für Einwanderer aus der Welt des Islam“ als eine „wertebezogene Hausordnung für ein Gemeinwesen in einer säkularen Demokratie, in der alle friedlich miteinander leben. Diese Hausordnung soll für alle gelten, unabhängig von Religion, Kultur und Ethnizität. Kulturelle Eigenarten dürfen kein Veto-Recht gegen diese Hausordnung haben.“<sup>47</sup>

Im Leitantrag „Politischer Islam“, der am CSU-Parteitag am 4. / 5. November 2016 in München beschlossen wurde, wird die Forderung der Verbindlichkeit, Achtung und Verteidigung „unserer Leitkultur“ mit dem „kulturellen Dominanzanspruch des Politischen Islam“ begründet: Der Politische Islam treffe Deutschland „in einer Situation kultureller Selbstschwächung. In bestimmten Teilen der Gesellschaft findet er eine Selbstrelativierung unserer Werte vor. [...] Wenn christliche Sankt-Martins-Feste umbenannt, Kruzifix in Klassenzimmern abgehängt, auf Weihnachtsfeiern verzichtet, Minarette so hoch wie Kirchtürme gebaut und Muezzinrufe so laut wie Glockengeläut werden sollen – dann geben wir vorsehend die kulturellen Identifikationsmerkmale unserer christlich geprägten Gesellschaft auf.“<sup>48</sup> Der Kampf gegen den Politischen Islam, so heißt es weiter, entscheide „über die Zukunft unserer offenen Gesellschaft“, zumal der Politische Islam die „politische Gegenbewegung zu Aufklärung und Humanismus“ sei. Der doppelten Herausforderung durch die eigene Werte-Relativierung und den kulturellen Dominanzanspruch des

Politischen Islam müsse mit einem „klaren Bekenntnis zu unser eigenen Kultur“ begegnet werden. „Für alle in unserem Land – gleich welchen Glaubens – ist unsere Leitkultur der Maßstab gelingenden Zusammenlebens. [...] Unsere Leitkultur ist der Sicherheitsmechanismus, der unsere Werteordnung gegen feindliche Ausnutzungsversuche schützt. Die CSU ist die Partei, die die Achtung und Geltung unserer Leitkultur durchsetzt.“<sup>49</sup>

Da in diesem Dokument der Fokus auf dem Kulturdominanzanspruch des Politischen Islam liegt, findet sich darin keine präzise Definition der dadurch herausgeforderten „Leitkultur, sondern deren sie formenden einzelnen Elemente erschließen sich konkludent durch die Erwähnung der Begriffe ‚Aufklärung‘, ‚Humanismus‘, ‚unsere Werteordnung‘, ‚unsere kulturellen Gepflogenheiten‘, ‚Gleichberechtigung von Mann und Frau‘, ‚unabhängige und neutrale Justiz‘, ‚Verbindlichkeit des ‚deutschen Rechts‘, ‚offene Gesellschaft‘, ‚freiheitliche Ordnung‘, ‚Individualität des Menschen‘“.<sup>50</sup>

Konkret wird hingegen das ebenfalls am Parteitag Anfang November 2016 in München beschlossene CSU-Grundsatzprogramm „Die Ordnung“, wo es im Abschnitt III. 1 „Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!“ unter dem Unterpunkt „Zusammenhalt durch Leitkultur: Gemeinsame Basis für Alltag, Kultur und Religion“ heißt: „Gemeinsame Regeln des Zusammenlebens schaffen Identifikation und stiften Zusammenhalt. Wir bekennen uns zur Leitkultur unserer offenen Gesellschaft als Maßstab des gelingenden Zusammenlebens. Leitkultur steht für den gelebten Grundkonsens in unserem Land: die Werteordnung und Prägung des Landes anerkennen; die Religionsfreiheit und ihre Grenzen achten; kulturelle Traditionen respektieren; andere Lebensweisen tolerieren; sich an die Gepflogenheiten des Alltags halten; sich auf deutsch verständigen. Wer bei uns lebt, muss die Leitkultur unseres Landes respektieren.“<sup>51</sup>

Präzisierend heißt es zur Forderung nach Respektierung „unserer Leitkultur“ weiter, an erster Stelle stehe die „uneingeschränkte Anerkennung unserer Rechtsordnung und unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“ Neben den Rechten der Bürger gegenüber dem Staat gebe es aber auch „Bürgerpflichten und Regeln des Umganges untereinander: Gemeinsam bilden sie kulturelle Grundordnung unseres Landes. Die gelebte Leitkultur in der offenen Gesellschaft umfasst die Grundregeln des Zusammenlebens und macht sie verbindlich. Zu diesem Grundkonsens gehört die klare Absage an Rassismus und Antisemitismus in jeglicher Form.“ Die „christlich-jüdisch-abendländischen Werte“, so heißt es zur „Werteordnung und Prägung unseres Landes“, seien „Grundlage unseres Zusammenlebens und haben auch außerhalb des Glaubens Geltung: Die Würde des Menschen, seine Einzigartigkeit, die Selbstbestimmtheit jeder Person und die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ Zur Rolle der Religion heißt es, der Staat habe die „Glaubens- und Religionsfreiheit zu garantieren. Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften sollen öffentlich wirken können.“ Im Gegenzug werde aber auch erwartet, dass die grundsätzliche Trennung zum

Staat beachtet wird. „Religiöse Überzeugungen können niemals die Rechtsordnung, das staatliche Gewaltmonopol oder den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag ersetzen. Religionen sollen in Deutschland partnerschaftlich für die Wahrung unserer Werte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts eintreten.“

Über die rechtlichen Regelungen des Zusammenlebens hinaus gebe es auch „ungeschriebene Regeln, die sich aus unserer Kultur und Tradition entwickelt haben. Sie sichern ein menschliches Miteinander und garantieren ein friedliches Zusammenleben. Bei uns ist es üblich, dass man andere Menschen mit einem Händedruck begrüßt und mit einem Gruß verabschiedet. Bei uns bietet man schwächeren Menschen Hilfe an. Bei uns versteckt man sein Gesicht nicht hinter einem Schleier. Wer bei uns lebt, muss sich nach unseren Gepflogenheiten richten. Wer Frauen den Respekt verweigert, etwa Lehrerinnen oder Krankenschwestern ablehnt, missachtet unsere Lebensart.“ Komplettiert wird die Listung der einzelnen Elemente „unserer Leitkultur“ durch die Betonung der gemeinsamen Sprache: „Deutsch ist bei uns die Sprache des öffentlichen Lebens. Damit das Miteinander funktioniert, müssen alle eine gemeinsame Sprache sprechen können. Die gemeinsame Sprache ermöglicht das Verständnis für die Einstellungen und Lebensführung des Gegenübers.“<sup>52</sup>

Bemerkenswert ist, dass die deutschnational auftretende „Alternative für Deutschland“ (AfD) sich im Zuge der europäischen Flüchtlingskrise bislang nur knapp und inhaltlich dürftig zur Frage einer Leitkultur geäußert hat. In ihrem am Bundesparteitag am 30. April / 1. Mai 2016 beschlossenen Grundsatzprogramm heißt es unter Abschnitt 7.2. „Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus“ lediglich, die AfD bekenne sich „zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt“. Gegenüber der „Ideologie des Multikulturalismus“ müssen „der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen“.<sup>53</sup>

In dem bereits eingangs erwähnten Gastbeitrag von Serap Güler und Gökay Sofuoglu in der FAZ<sup>54</sup> werden ähnlich wie im neuen CSU-Grundsatzprogramm vielfältige Quellen einer Leitkultur identifiziert und differenziert betrachtet. Zwar sei es richtig, dass das Grundgesetz, die bundesdeutsche Verfassung, „die Grundlage unseres Zusammenlebens“ darstelle. Staatsrecht allein schaffe aber „keine Identifikation.“ Wenn beispielsweise „muslimische Schüler auf Klassenfahrten sich weigern, eine Kirche zu betreten, und betonen, diese habe nichts mit ihrer Kultur zu tun, oder wenn sie Lieder im Unterricht nicht mitsingen wollen, weil darin das Wort ‚Shalom‘ vorkommt, dann hilft der Verweis auf das Grundgesetz nicht weiter“. Andererseits stehe das Ehrenamt, „eine wichtige Quelle unserer Gesellschaft“, nicht im Grundgesetz, die 23 Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, seien ungeachtet dessen „Teil unserer Leitkultur“. Ebenso wie das Erlernen

der deutschen Sprache ein „absolutes Muss“ sei, um „in Deutschland anzukommen“, sei auch das Eintreten für das Existenzrecht Israels „Teil unserer Leitkultur“. Eine „neue Leitkultur“, so fordern die beiden Verfasser, müsse die „freie Religionsausübung genauer definieren“, wobei die Religionsfreiheit dort ende, wo die Freiheit des anderen beginne. „Respekt vor dem anderen und seiner Religion ist Teil unserer Leitkultur.“ Wenn „Eltern oder selbsternannte salafistische Sittenwächter junge Mädchen im frühesten Kindesalter zwingen, an Schulen ein Kopftuch zu tragen“, widerspreche dies der „Idee einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“ ebenso wie wenn „religionsmündige junge Frauen, die sich für ein Kopftuch“ entschieden, „gesellschaftlich verachtet“ würden. Eine „Gemeinsame Leitkultur“, so heißt es zur Frage, wer deren Inhalte festlege, „definiert nicht die Politik allein. Sie braucht die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Gewerkschaften und die Verbände ebenso wie die Kulturschaffenden“ und schließlich brauche eine „Gemeinsame Leitkultur“ auch den „Dialog mit den Zuwanderern und ihren Selbstorganisationen“. Zu bedenken sei, dass eine Leitkultur, die heute „richtiger ist denn je“, mit Inhalten gefüllt werde, „mit denen wir uns als freiheitlich-demokratische Gesellschaft identifizieren und gleichzeitig die Beiträge derjenigen nicht ausklammert, die eine Zuwanderungsgeschichte haben“.<sup>55</sup>

Wenige Wochen nach dem Parteitag der CSU verabschiedete die CDU Anfang Dezember 2016 auf ihrem Parteitag in Essen ein Grundsatzpapier mit dem Titel „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“, in dem es in Abschnitt III („Zusammenhalt und Identität stärken“) heißt: „Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes – unsere Leitkultur in Deutschland –, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein- und demselben Land leben und eine Schicksalsgemeinschaft sind.“ Hierzu gehörten alle „aus unserem christlichen Menschenbild“ sich ergebenden „Prinzipien und Überzeugungen“ wie u. a. die „Achtung der Menschenwürde“, die „Bejahung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats“, die „Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Ganz sicher aber auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist.“<sup>56</sup>

Der Begriff der „Leitkultur“ wurde in dem am 13. Dezember 2016 vom Landtag des Freistaates Bayern beschlossenen und am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Bayerischen Integrationsgesetz (BayIntG) auf Initiative der CSU gegen den Willen der Opposition gesetzlich verankert.

In der Präambel des Gesetzes wird der Begriff der „Leitkultur“ hergeleitet und definiert: „Bayern ist Teil der deutschen Nation mit gemeinsamer Sprache und Kultur. Es ist tief eingewurzelt in Werte und Traditionen des gemeinsamen christlichen Abendlandes und weiß zugleich um den jüdischen Beitrag zu seiner Identität. Die Würde des Menschen,

die Freiheit der Person, die Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen, das Recht jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes, aber auch selbstverantwortliches Leben und die Unterscheidung von Staat und Religion sind als Frucht der Aufklärung tragende Grundlage unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung. Die nationalsozialistische Willkürherrschaft, die Verbrechen des Dritten Reichs und die Schrecken des Zweiten Weltkrieges haben gelehrt, dass allein eine grundrechtlich ausgerichtete Herrschaft des Rechts vor Terror, Diktatur und Spaltung bewahrt und Voraussetzung für Frieden und Freiheit ist. Jeder Einzelne ist daher zur Wahrung des Rechts und zur Loyalität gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen verpflichtet. Die demokratische Verfasstheit des Gemeinwesens bindet umgekehrt alle Staatsgewalt an die Stimme des Volkes. Die Solidarität mit den Schwächeren und Hilfsbedürftigen ist Gebot der Gemeinschaft wie jedes Einzelnen, setzt aber zugleich voraus, dass in erster Linie jeder zunächst selbst verpflichtet ist, Verantwortung für sich und die Seinen zu übernehmen und sein Möglichstes dazu beizutragen. Die Gemeinschaft kann nur leisten, was gemeinsam von allen erwirtschaftet wird, und darf daher von jedem seinen Beitrag erwarten. Ganz Bayern ist geformt von gewachsenem Brauchtum, von Sitten und Traditionen. Die freiheitliche Lebensweise in einer offenen und pluralen Gesellschaft erfordert gleichermaßen gegenseitige Toleranz und Achtung der kulturellen Prägung unseres Landes. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist es so zur neuen Heimat für Viele geworden, die sich hier eingebracht und eingelebt haben. Das lange geschichtliche Ringen unserer Nation und unseres ganzen Kontinents um Einheit, Recht, Frieden und Freiheit verpflichtet auf das errungene gesamteuropäische Erbe und das Ziel eines gemeinsamen europäischen Weges. Dieser identitätsbildende Grundkonsens wird täglich in unserem Land gelebt und bildet die kulturelle Grundordnung der Gesellschaft (Leitkultur). Diese zu wahren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern und Migrantinnen und Migranten zu einem Leben in unserer Gesellschaft zu befähigen, ist Zweck dieses Gesetzes.<sup>57</sup>

Zu den „Integrationszielen“ heißt es in Art. 1 des BayIntG: „Bayern bekennt sich zu seiner Verantwortung gegenüber allen, die aus anderen Staaten kommen und hier nach Maßgabe der Gesetze Aufnahme gefunden haben oder Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Es ist Ziel dieses Gesetzes, diesen Menschen für die Zeit ihres Aufenthalts Hilfe und Unterstützung anzubieten, um ihnen das Leben in dem ihnen zunächst fremden und unbekanntem Land zu erleichtern (Integrationsförderung), sie aber zugleich auf die im Rahmen ihres Gast- und Aufenthaltsstatus unabdingbare Achtung der Leitkultur zu verpflichten und dazu eigene Integrationsanstrengungen abzuverlangen (Integrationspflicht). Das soll zugleich einer Überforderung der gesellschaftlich-integrativen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und seiner kommunalen Ebenen entgegenwirken.“<sup>58</sup>

In Art. 3, Abs. 4 des BayIntG wird der Begriff der „Leitkultur“ im Kontext der „allgemeinen Integrationsförderung“ aufgeführt: „Gelingende Integration bedarf der gegenseitigen Rücksichtnahme und Toleranz sowie des Respekts vor der Einzigartigkeit, der Lebensge-

schichte und den Prägungen des jeweils anderen. Der Staat fördert an der Leitkultur ausgerichtete Angebote, die Migrantinnen und Migranten in politischer Bildung, deutscher Geschichte einschließlich der Lehren aus den Verbrechen des Dritten Reiches und in der Rechtskunde unterweisen und ihnen die heimische Kultur, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung näherbringen. Er fördert zugleich die interkulturelle Sensibilität von Bevölkerung und Verwaltung und unterstützt integrativ wirkende Projekte.“<sup>59</sup>

Zur „Verantwortung der Wirtschaft“ heißt es in Art. 10, Abs. 1 des BayIntG: „Die bayerische Wirtschaft trägt im Rahmen des Art. 151 der Verfassung Mitverantwortung für die in Art. 1 genannten Integrationsziele. Die staatlichen Förderprogramme insbesondere nach dem Mittelstandsförderungsgesetz können die Bemühungen einzelner Unternehmen positiv berücksichtigen, Migrantinnen und Migranten, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind, auf Unternehmenskosten die deutsche Sprache und die Leitkultur zu vermitteln und die in Art. 1 genannten Integrationsziele zu fördern.“<sup>60</sup>

Und zur Rolle von „Rundfunk und Medien“ führt Art. 11 des BayIntG aus: „Der Bayerische Rundfunk und die nach dem Bayerischen Mediengesetz an der Veranstaltung von Rundfunk Beteiligten unterstützen im Rahmen ihres Programmauftrags die Integration. Die Angebote in Rundfunk und Telemedien sollen einen Beitrag zur Vermittlung der deutschen Sprache und der Leitkultur leisten.“<sup>61</sup>

Nach der erfolgreichen Verankerung des Begriffes der „Leitkultur“ im Bayerischen Integrationsgesetz ist das nächste Ziel der CSU, den Begriff der „Leitkultur“ als Voraussetzung für Solidarität und Miteinander auch in die Bayerische Verfassung aufzunehmen.

## **Schlussbemerkung**

Obwohl die Diskussion um eine „Leitkultur“ nun schon über ein Vierteljahrhundert andauert und Befürworter und Kritiker unterschiedlichster Provenienz ihre Argumente vorgetragen haben, ist sie – vor allem auch angesichts der fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen – noch nicht zu einem Ende gekommen. Der Begriff selbst ist nach wie vor umstritten, wie Norbert Lammerts Vortrag am 5. Juni 2016 zum Thema „Brauchen wir eine Leitkultur?“ in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar belegt. Der Bundestagspräsident stellte 10 „Thesen zu einer notwendigen Debatte und einem schwierigen Begriff“ vor und beendete seine Rede mit der Empfehlung: „Nennt das, wie ihr wollt, aber vergesst nicht, worum es geht.“<sup>62</sup>

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Güler, Serap / Sofuoğlu, Gökay: Leitkultur? Ja, bitte!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.2016, S. 10.
- <sup>2</sup> Tibi, Bassam: Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2, 12.1.2001, S. 23-30, hier S. 30. Erstmals geprägt wurde der Begriff „Leitkultur“ von Tibi in seinem Beitrag „Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B52-53/1996, S. 27-36, hier S. 33: „Es geht um die Anerkennung einer Leitkultur als Quelle einer verbindlichen Werte-Orientierung, eines friedlichen Miteinanders und eines demokratischen, pluralistischen Interessenausgleichs.“ Vgl. auch Tibi, Bassam: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 1998.
- <sup>3</sup> Tibi: Leitkultur als Wertekonsens, S. 24.
- <sup>4</sup> Tibi, Bassam: Europa ohne Identität?, Europäisierung oder Islamisierung, Stuttgart 2016, S. 292.
- <sup>5</sup> Tibi: Leitkultur als Wertekonsens, S. 24.
- <sup>6</sup> Sommer, Theo: Der Kopf zählt, nicht das Tuch, in: Die Zeit, 16.7.1998.
- <sup>7</sup> Kronenberg, Volker: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung und Patriotismus – was eint uns?, in: Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen, hrsg. von Bernhard Vogel, Freiburg i. B. 2008, S. 188-209, hier S. 189.
- <sup>8</sup> Merz, Friedrich: Einwanderung und Identität, in: Die Welt, 25.10.2000.
- <sup>9</sup> Kronenberg: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, S. 190.
- <sup>10</sup> Zitiert nach Heinen, Guido: Ein Begriff macht Karriere, in: Die Welt, 1.11.2000, <https://www.welt.de/print-welt/article541681/Ein-Begriff-macht-Karriere.html>, Stand: 2.1.2017.
- <sup>11</sup> Eitz, Thorsten: Das missglückte Wort, 15.7.2010, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42726/das-missglueckte-wort?p=all>, Stand: 2.1.2017.
- <sup>12</sup> Heinen: Ein Begriff macht Karriere.
- <sup>13</sup> Kronenberg: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, S. 191.
- <sup>14</sup> Vgl. auch jüngst das Interview mit dem CSU-Ehrenvorsitzenden Edmund Stoiber im Bayernkurier 10/2016, S. 18-23.
- <sup>15</sup> <http://www.goest.de/beckstein.htm>, Stand: 9.1.2017.
- <sup>16</sup> Eitz: Das missglückte Wort, 15.7.2010.
- <sup>17</sup> Preuss, Ulrich K.: Wider die Illusion des Multikulturalismus, in: Die Zeit, 31.5.2001, [http://www.zeit.de/2001/23/200123\\_essay.preuss.xml](http://www.zeit.de/2001/23/200123_essay.preuss.xml), Stand: 3.1.2017.
- <sup>18</sup> Kronenberg: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, S. 191.
- <sup>19</sup> Ebd., S. 195.
- <sup>20</sup> Lammert, Norbert (Hrsg.): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Hamburg 2006.
- <sup>21</sup> Ebd., S. 8 f.
- <sup>22</sup> Ebd., S. 135, 138, 144.
- <sup>23</sup> Ebd., S. 176, 177.
- <sup>24</sup> Ebd., S. 59, 60.
- <sup>25</sup> Ebd., S. 82, 83.
- <sup>26</sup> Ebd., S. 43, 44, 45.

- <sup>27</sup> Ebd., S. 147, 148, 149 f.
- <sup>28</sup> Ebd., S. 22, 23.
- <sup>29</sup> Ebd., S. 216, 219.
- <sup>30</sup> Ebd., S. 129, 130, 132.
- <sup>31</sup> Ebd., S. 207, 210, 211.
- <sup>32</sup> Löffler, Berthold: „Leitkultur“ im Fokus. Was der umstrittene Begriff meint, und wozu er gut sein soll, in: Die politische Meinung 435/2006, S. 14-18, hier S. 14.
- <sup>33</sup> Vgl. Leitkultur – Neue Inhalte für eine alte Debatte?, 5.3.2006, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kultur-fragen/476081/>; Bekenntnis zu den eigenen Werten, 17.10.2006, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/kulturinterview/553906/>, Stand: 29.11.2007.
- <sup>34</sup> Prantl, Heribert: Schäubles „deutsche Werte“, 5.5.2007, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/themender-woche/622319/>, Stand: 29.11.2007.
- <sup>35</sup> Löffler: „Leitkultur“ im Fokus, S. 15.
- <sup>36</sup> Leitkultur – „das ist ein Placebobegriff“, 24.9.2006, [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/546539/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/546539/), Stand: 29.11.2007.
- <sup>37</sup> Orzessek, Arno: Sind wir normal? Joschka Fischer spricht in Dresden über „Deutschlands Leid mit der Leitkultur“, 5.3.2006, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/fazit/476022/>, Stand: 29.11.2007.
- <sup>38</sup> Streitgespräch Integrationspolitik und kulturelle Anerkennung – Alternative zu „Leitkultur“ und Parallelgesellschaft?, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 10/2007, S. 43-47, hier S. 43.
- <sup>39</sup> Lammert: Verfassung, Patriotismus, Leitkultur, S. 144.
- <sup>40</sup> „Die Nation lebt“. Schönbohm lobt Leitkultur-Festschreibung in CDU-Programm, 8.5.2007, [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/622890/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/622890/), Stand: 29.11.2007.
- <sup>41</sup> Pofalla, Ronald: Was wir verteidigen müssen, in: Die Welt, 18.3.2007, <https://www.welt.de/debatte/komm-tare/article6068339/Was-wir-verteidigen-muessen.html>, Stand: 4.1.2017.
- <sup>42</sup> Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU. Beschlossen auf dem 21. Parteitag, Hannover, 3.-4.12.2007, S. 21, 42 f., [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar\\_1.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=1918](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918), Stand: 4.1.2017.
- <sup>43</sup> Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsame Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm der CSU, beschlossen am Parteitag am 28.9.2007, S. 144, [http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/ACS/Grundsatzprogramm\\_2007.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/ACS/Grundsatzprogramm_2007.pdf), Stand: 4.1.2017.
- <sup>44</sup> Dobrindt, Alexander: „Der Standpunkt“, in: Bayernkurier, 16.10.2010, S. 12.
- <sup>45</sup> S.P.O.N. Im Zweifel Links. Wir brauchen eine Leitkultur. Eine Kolumne von Jakob Augstein, 3.9.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-braucht-eine-leitkultur-kolumne-a-1051200.html>, Stand: 3.1.2017.
- <sup>46</sup> Tibi: Europa ohne Identität, S. 110.
- <sup>47</sup> Ebd., S. 104.
- <sup>48</sup> <http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/aktuell/meldungen/Veranstaltungen/Parteitag-2016/2016-11-04-Beschluss-PolitischerIslam.pdf>, S. 8, 10, Stand: 17.11.2016.
- <sup>49</sup> Ebd., S. 10.
- <sup>50</sup> Ebd.
- <sup>51</sup> [http://csu-grundsatzprogramm.de/wp-content/uploads/CSU\\_Grundsatzprogramm.pdf](http://csu-grundsatzprogramm.de/wp-content/uploads/CSU_Grundsatzprogramm.pdf), S. 13, Stand: 17.11.2016.
- <sup>52</sup> Ebd., S. 13 f.

- <sup>53</sup> [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf), S. 47, Stand: 9.1.2017.
- <sup>54</sup> Vgl. Güler / Sofuoglu: Leitkultur? Ja, bitte!
- <sup>55</sup> Ebd.
- <sup>56</sup> Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa. Beschluss des 29. Parteitags der CDU Deutschlands, 6.-7. Dezember 2016, Essen, S. 3, 9, [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdupt16\\_orientierung\\_inschwierigenzeitenfuereinerfolgreichesdeutschlandundeuropa\\_0.pdf?file=1](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdupt16_orientierung_inschwierigenzeitenfuereinerfolgreichesdeutschlandundeuropa_0.pdf?file=1), Stand: 4.1.2017.
- <sup>57</sup> Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Nr. 19, 19.12.2016, S. 335 (Zitiert ohne die Annotationen im Original).
- <sup>58</sup> Ebd.
- <sup>59</sup> Ebd., S. 336.
- <sup>60</sup> Ebd., S. 338.
- <sup>61</sup> Ebd.
- <sup>62</sup> <https://blog.klassik-stiftung.de/norbert-lammert-leitkultur/>, Stand: 4.1.2017.

**Autor**

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser**

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München;  
er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.



## Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/). Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour

- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht

- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –  
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –  
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche: Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution? Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur. Hintergrund, Positionen und aktueller Stand

